

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Anhang 2

Ausgewertete parlamentarische Geschäfte zu Diskriminierung

	Geschäft	Beschreibung	Abstimmungsdatum	Bereich	als "richtig" bewertete Stimme
1	12.3543 Postulat Naef. Bericht zum Recht auf Schutz vor Diskriminierung	Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Potenziale des geltenden Bundesrechtes zum Schutz vor Diskriminierung aufzeigt und eine rechtsvergleichende Auslegeordnung zur Wirksamkeit verschiedener Rechtsinstrumente vornimmt.	14.12.2012	Allg. Diskriminierung	Ja: Annahme des Postulats
2	10.523 Parlamentarische Initiative Prelicz-Huber Katharina. Gesetz über Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung	Es sei ein Gesetz über die Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung zu erlassen, das Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung konkretisiert. Dieses soll mit den dafür geeigneten rechtlichen Instrumenten die Diskriminierung insbesondere aus Gründen der Hautfarbe, der ethnischen Zugehörigkeit, der regionalen Herkunft, der Nationalität, der religiösen Weltanschauung, der fahrenden Lebensform oder der Sprache verhindern oder beseitigen.	06.03.2012	Rassismus	Nein: Antrag der Minderheit (Folge geben)
3	12.3942 Motion. Keine Verbilligung der Krankenkassenprämien für Sans-Papiers	Die Motion will, dass Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz von einer Prämienverbilligung ausgeschlossen sind.	12.09.2013	Sans Papier	Nein: Ablehnung der Motion
4	13.3156 Motion. Gewaltfreie Erziehung	Der Bundesrat wird beauftragt, das Recht auf gewaltfreie Erziehung gesetzlich zu verankern und die Einführung dieses Gesetzes mit unterstützenden Massnahmen zur Bekanntmachung der neuen Gesetzesgrundlage zu begleiten.	17.06.2014	Kinderrechte	Ja: Annahme der Motion

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

5	14.4307 Motion Moret Isabelle. Anbieter im öffentlichen Beschaffungswesen. Einhaltung der Lohngleichheit	Der Bundesrat wird beauftragt, den vorhandenen gesetzlichen Artikel 8 Absatz 2 in fine des BGs über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) zu nutzen, um zu verlangen, dass die Anbieter/innen mittels Bescheinigung eines sachverständigen Dritten den Nachweis für die Einhaltung des Bestimmungen über die Lohngleichheit erbringen. Falls die bestehenden gesetzlichen Grundlagen unzureichend sind, soll der Bundesrat verlangen, dass das BöB ergänzt wird.	19.06.2015	Gleichstellung Mann / Frau	Ja: Annahme der Motion
6	13.2054 Petition Für die Besserstellung von schwangeren Frauen im Dienst.	Mit der Petition wird verlangt, dass Artikel 35a des Arbeitsgesetzes auch in den öffentlichen Verwaltungen angewendet werden soll.	20.03.2015	Gleichstellung / Mann/Frau	Nein: Antrag der Minderheit Pardini(zurück an die Kommission)
7	13.049 ZGB. Vorsorgeausgleich bei Scheidung	Der Bundesrat will Mängel des bestehenden Vorsorgeausgleichs. Künftig werden die Vorsorgeansprüche auch dann geteilt, wenn im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens ein Ehegatte wegen Alter oder Invalidität bereits eine Rente bezieht.	19.06.2015	Gleichstellung Mann/Frau	Ja: Annahme des Projekts
8	13.086 Geschäft des Bundesrates. Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative	Geschäft des Bundesrates. Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative	20.06.2014	Ausländer_Innen	Ja: Annahme der Vorlage (welche die Ablehnung der Volksinitiative empfiehlt)
9	13.091 Geschäft des Bundesrates. Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer / Durchsetzungsinitiative	Am 28.12.12 hat die SVP die Volksinitiative "Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer" (Durchsetzungsinitiative) eingereicht.	20.03.2015	Ausländer_Innen	Ja: Annahme der Vorlage (welche die Annahme der Volksinitiative empfiehlt)

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

10	13.056 Geschäft des Bundesrates. StGB und MStG. Ausschaffung krimineller Ausländer	Für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative schlägt der Bundesrat eine vermittelnde Lösung vor, die mit gewissen Einschränkungen sowohl dem Ausweisungsautomatismus Rechnung trägt, den die Initianten anstreben, als auch dem Verhältnismässigkeitsprinzip und den Menschenrechtsgarantien.	20.03.2015	Ausländer_Innen	Ja: Annahme des Projekts
11	13.425 Parlamentarische Initiative. Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene	Die Initiative verlangt, dass vorläufig Aufgenommene Asylsuchende/Ausländer kein Recht auf Familiennachzug haben.	08.05.2014	Asyl	Ja: Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)
12	12.3929 Motion. Aufenthaltsgebiet für Asylbewerber auf den Zuweisungskanton begrenzen	Die Motion will, dass das Bundesgesetz so angepasst wird, dass das Aufenthaltsgebiet von Asylsuchenden räumlich auf den Zuweisungskanton beschränkt wird.	24.09.2014	Asyl	Nein: Ablehnung der Motion
13	13.460 Parlamentarische Initiative. Sanktionierung von missbräuchlich gestellten Asylgesuchen	Die parlamentarische Initiative verlangt, dass das Asylrecht Freiheitsstrafen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren vorsieht, wenn die Behörden durch Angaben von falschen Personalien getäuscht werden oder wenn nach einem rechtskräftigen Asylentscheid ein neues Asylgesuch eingereicht wird, ohne dass sich die Umstände wesentlich geändert haben.	11.12.2014	Asyl	Ja: Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

14	13.406 Parlamentarische Initiative. Arzneimittel für Zwangsausschaffung zulassen	Die Initianten möchten mit der parlamentarischen Initiative den Artikel 25 des Zwanganwendungsgesetzes ändern, so das Arzneimittel verwendet werden dürfen, wenn sie als Ultima Ratio zur Durchsetzung der Zwangsmassnahmen notwendig sind.	12.12.2013	Asyl	Ja: Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)
15	11.4046 Motion (RK SR) Adoptionsrecht. Gleiche Chancen für alle Familien	Der Bundesrat wird beauftragt, die Artikel 264ff. ZGB und Artikel 28 des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (SR 211.231) dahingehend zu ändern, dass alle Erwachsenen, ungeachtet ihres Zivilstandes und ihrer Lebensform, ein Kind, insbesondere das Kind des Partners oder der Partnerin, adoptieren können, wenn eine Adoption für das Kindeswohl die beste Lösung darstellt.	13.12.2012	sexuelle Orientierung	Ja: Antrag der Mehrheit (Annahme modifizierte Motion)
16	13.304 Standesinitiative Genf, Änderung der Bundesverfassung (Art. 8 Abs. 2) und des Strafgesetzbuches (Art. 261bis) vom 26.2.2013	Mit der Standesinitiative wird verlangt, dass das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ausdrücklich in Artikel 8 Absatz 2 BV und in Artikel 261bis StGB festgehalten wird.	11.03.2015	sexuelle Orientierung	Ja: Antrag der Mehrheit (Folge geben)
17	13.407 Parlamentarische Initiative Mathias Reynard. Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung	Mit dieser Initiative soll die bestehende Bestimmung des Strafgesetzbuches zum Kampf gegen die Rassendiskriminierung um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung erweitert werden.	11.03.2015	sexuelle Orientierung	Ja: Antrag der Mehrheit (Folge geben)

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

18	13.2020 Petition. Gegen die Diskriminierung von homosexuellen, bisexuellen und transsexuellen Personen	Mit der Petition wird verlangt, dass ein explizites Verbot der Diskriminierung aufgrund von Homosexualität in die Verfassung aufgenommen wird.	20.03.2015	sexuelle Orientierung	Nein: Antrag der Minderheit R. Ruiz (zurück an die Kommission)
19	13.085 Geschäft des Bundesrates. Für Ehe und Familie gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Für Ehe und Familie gegen die Heiratsstrafe"	Mit der Initiative wird verlangt, dass verheiratete und eingetragene Paare gegenüber anderen Lebensgemeinschaften gleichgestellt und bestehende Benachteiligungen bei den Steuern, aber auch bei der Altersvorsorge aufgehoben werden.	19.06.2015	sexuelle Orientierung	Ja: Annahme des Projekts, welche die Ablehnung der Volksinitiative empfiehlt)
20	12.100 Geschäft des Bundesrates. Menschen mit Behinderungen. Übereinkommen	Ergänzung des schweizerischen Behindertengleichstellungsrec ht (UNO-Generalversammlung vom 13.12.2006	13.12.2013	Menschen mit Behinderung	Ja: Annahme der Vorlage
21	14.4165 Postulat "Pflegekostenversiche rung auf den Prüfstand. Schutz des eigenen Vermögens."	Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen zum Thema einer obligatorischen Pflegekostenversicherung. Eine obligatorische Pfelgekostenversicherung würde die öffentliche Hand markant entlasten.	02.06.2015	Alter	Ja: Annahme des Postulats